

Manfred Batliner: «Genau das Gegenteil ist der Fall: FBP will die AHV auch für die Jugend sichern»

Standpunkt Die Aussage des VU-Präsidenten Jakob Büchel im «Vaterland» vom Montag, den 30. April, die FBP nehme Kürzungen der AHV-Renten in Kauf, ist völlig verfehlt.

Die FBP setzt sich genau für das Gegenteil ein, nämlich die Sicherung der AHV nicht nur für die heutige ältere Generation, sondern darüber hinaus auch für unsere Kinder und Enkel, wenn sie in das Pensionsalter gelangen. Künftig sollte die VU ihre Sichtweise gesamtheitlich und ausgewogen auf alle Generationen richten. Diese unqualifizierte Unterstellung mit dem reisserischen Titel, die FBP würde Renten kürzen, ist unhaltbar und schlichtweg unwahr. Machen Sie kurz einen Rückblick über die letzten 20 Jahre! Sind sie schnell vergangen? Sind Sie der Meinung, dass unsere Kinder in 20 Jahren die gleich guten Standortvorteile haben sollten, wie wir sie jetzt haben? Sind Sie der Meinung, dass die künftigen Herausforderungen wesentlich schwieriger werden, als die bisherigen?

«Es nützt nichts, in Legislaturperioden zu denken»

Der Standpunkt des VU-Präsidenten Jakob Büchel basiert auf Vermutungen und Unterstellungen, dass «die FBP Kürzungen der AHV-Renten in Kauf nimmt», sind alles andere als sachliche Aussagen. Sein Zukunftsblick reicht bis zu den Landtagswahlen, das ist nicht nur ein «Tunnelblick», sondern ein «Sackgassenblick». Wir haben aber eine andere Herausforderung anzutreten und da nützt es uns nichts, in Legislaturperioden zu denken. Mit welchem schwachen Argument wird das Verhalten der FBP kritisiert? Planungssicherheit. Die Verwaltung muss planen und verwalten können. Das kann wohl nicht der Hauptgrund sein! Die wirklich Betroffenen sind nicht nur die Rentenbezüger, das ist auch die Jugend. Aber entscheiden können wir über den Staatsbeitrag erst, wenn relevante Zahlen, Daten, Fak-



«Der Zukunftsblick von VU-Präsident Jakob Büchel reicht bis zu den Landtagswahlen, das ist nicht nur ein «Tunnelblick», sondern ein «Sackgassenblick»: FBP-Landtagsabgeordneter Manfred Batliner. (Foto: Michael Zanghellini)

ten vorliegen und dann werden wir genau, wie es der vom VU-Präsidenten kritisierte Abgeordnete Rainer Gopp bekräftigte, auf Basis einer seriösen Grundlage mit Rücksichtnahme auf Bevölkerungsgruppen «einen Staatsbeitrag sprechen». Weder der VU-Präsident noch die AHV-Initianten konnten Argumente liefern, was denn den tatsächlichen Unterschied ausmacht, wenn der Staatsbeitrag nicht im 2012 sondern im 2014 gesprochen wird.

Uns wird immer wieder vorgeworfen, dass man die Entwicklung nicht vorhersehen kann. Trotzdem hat die Regierung im 2007 und letztmals vor drei Wochen eine Generationenbilanz in Auftrag gegeben. In dieser wird die heutige Rechtslage in Zukunft abgebildet. Wir wissen heute schon, dass die Gruppe «65plus» sich in 20 Jahren verdoppeln wird. Heute kommen auf jeden Rentner 3,6 potenziell Erwerbstätige. Im Jahr 2035 werden lediglich noch knapp 1,6 Erwerbsfähige auf einen Rentner kommen. Diese Daten basieren auf dem Jahr 2005. Damals war die Frühpensionierungswelle viel geringer als heute. 7 von 10 Personen ge-

hen heute in die Frühpensionierung. Zwei Drittel der Rentenbezieher leben im Ausland. Kapitalbezogen macht dies zum heutigen Zeitpunkt derzeit nur ein Drittel der Rentenbeiträge aus. Aber bei dem heutigem Grenzgängeranteil von 50 Prozent der Erwerbstätigen werden sich diese Zahlen schnellhaft zu Ungunsten Liechtensteins verschieben.

Der AHV-Verwaltungsrat wiederholt immer wieder in seinen Jahresberichten, dass die Politik die Verantwortung trägt und die Weichen stellen muss. Man kann sich mit dem Einsetzen eines Monitoring-Gremiums nicht aus der Verantwortung ziehen. Die Regierung muss aufzeigen, was diese Veränderungen bewirken. Deshalb hat die FBP das Postulat der enkeltauglichen Sicherstellung der AHV und zur Langfristperspektive der öffentlichen Finanzen eingebracht. Jedes Nachbarland befasst sich mit dieser Materie und dies meistens länger als 40 Jahre im Voraus. Dieses Postulat soll Aufschluss bringen, über

• die Bevölkerungsentwicklung unter Berücksichtigung der heutigen Personenfreizügigkeit,

- die Kosten in der Langzeitpflege, über die AHV- und IV-Rentenbezüger nach Wohnsitzländern gegliedert,
- die Entwicklung des AHV-Fonds, über die Gesundheitskosten und ihre Kostenträger,
- die Notwendigkeit von Teilzeitarbeitsmodellen in der Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung
- und nicht zuletzt die Familienpolitik.

«Weniger mit Wahlkampf, sondern mehr mit der Zukunft beschäftigen»

Lieber Herr VU-Präsident, was von all dem ist hier «politischer Druck auf dem Rücken der Rentner»? Das ist einzig und allein politischer Druck auf die Politik, um sich weniger mit Wahlkampf, sondern mehr mit der Zukunft zu beschäftigen. Nehmen auch Sie die Verantwortung wahr und setzen auch Sie sich für eine langfristig gesicherte AHV ein, die auch unserer Jugend Standortvorteile schafft, von denen wir heute alle profitieren.

Manfred Batliner,
FBP-Landtagsabgeordneter